

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1908**

82 (6.4.1908)

# Volkshfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. Abonnementspreis: Ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 75 Pfg., vierteljährlich M. 2.25. In der Expedition und in den Ablagen abgebolt, monatlich 65 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgebolt M. 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht M. 2.52 vierteljährlich.

**Redaktion und Expedition:**  
Luisenstraße 24.  
Telefon: 128. — Polizeianzeige: 8144.  
Sprechstunde der Redaktion: 12—1/2 Uhr.  
Redaktionschluss: 1/2 10 Uhr vormittags.

**Inserate:** Die einspaltige, kleine Zeile oder deren Raum 20 Pfg., Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vorm. 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends 1/2 7 Uhr.

Druck und Verlag  
Verlagsgesellschaft & Co., Karlsruhe.

Verantwortlich für den politischen Teil, für Redigieren, Legte Post, Feuilleton und Unterz.-Beilage: A. Weismann; für den übrigen Inhalt: Herm. Kadel.

Für den Inseratenteil verantwortlich:  
Karl Biegler in Karlsruhe.

### Die amerikanische Krisis in sozialistischer Beleuchtung.

Der Gen. Hillquit, der die amer. soz. Partei im Internationalen Bureau vertritt, wurde von seinen Genossen beauftragt, dem Bureau einen Bericht über die amerikanische Krisis einzubringen. Diesem Auftrag ist Hillquit jetzt nachgekommen und wir bringen in nachstehendem einen Auszug aus diesen interessanten Schilderungen:

Hillquit tritt zunächst den Versuchen der Kapitalistenklasse entgegen, als ob der schwere wirtschaftliche Niedergang für Amerika bereits gehoben sei. Die herrschende Klasse habe natürlich ein starkes Interesse daran, die Lage als möglichst günstig zu schildern, wogegen die Sozialisten weder Recht noch Ursache haben, die ganze Größe des Elends, in das das Land durch die planlosen und verurteilenden Produktionsmethoden geworfen wurde, zu verharmlichen. Sie betrachtete es vielmehr als ihre Pflicht, ihren Arbeitsgenossen in Europa die zurzeit bestehenden wirtschaftlichen Verhältnisse in ihrem richtigen Lichte zu zeigen und nur in Erfüllung dieser Pflicht der Interessengemeinschaft und nicht von dem engherzigen Wunsche befehle, ausländische Arbeiterkonkurrenz von den Küsten der Vereinigten Staaten fernzuhalten, wünschten sie ihrer Ueberzeugung dahin Ausdruck zu verleihen, daß die Vereinigten Staaten heute sich nicht nur einer leichten Geschäftsführung gegenübersehen, sondern daß sie vor einer schweren, richtigen und wahrhaftig langen, wirtschaftlichen Krise stehen. Seitdem die Vereinigten Staaten die Laufbahn der kapitalistischen Produktion betreten haben, seien Perioden allgemeinen wirtschaftlichen Stillstandes mit furchtbaren Regelmäßigkeit in Zeitläuften von 16—20 Jahren wiederkehrend. Im vergangenen Jahrhundert waren solche zu verzeichnen 1818, 1837, 1857, 1873 und 1893. Allen diesen Krisen gingen Perioden außerordentlicher wirtschaftlicher Tätigkeit, die sich durch Eröffnung neuer Märkte und Industrien, sowie einer ungeheuren Ausdehnung des Handels auszeichneten, voraus. Im letzten Jahrzehnt seien alle Zweige der Industrie in einem Umfange und auf einer Basis geführt worden, wie das bisher in den Vereinigten Staaten nicht bekannt gewesen. Hillquit fährt dann fort:

„Große Korporationen Trusts und Riesenkombinationen wurden die Beherrscher des Tages und mit ihnen kam die unvermeidliche Verheerung der Aktien und der Handel in Kommoditätenpapieren.“ Man schätzt den Nennwert dieser „Sicherheiten“ im Jahre 1907 auf nicht weniger als 40 Milliarden oder fast ein Drittel des gesamten Nationalvermögens des Landes. Aber auch der Geldmarkt folgte dieser Ausdehnung in allen seinen Zweigen. Von 1898 bis 1907 produzierten die Vereinigten Staaten 3,2 Milliarden Dollar Gold oder halb soviel wie in den ganzen 150 Jahren von 1700 bis 1850; im Jahre 1907 gab es nicht weniger als 14 000 Banken in diesem Lande, die über 18 Milliarden Dollar in Depositen, von denen aber der bei weitem größte Teil in der Industrie angelegt und an diese ausgeliehen war, verfügten. Die Gruben, Fabriken und andere Betriebe arbeiteten mit höchster Anspannung aller Kräfte, Arbeiter aller Gewerbe wurden gebraucht, und die Löhne stiegen. Als alle regulären Industriezweige über die Massen ausgenutzt und ausgefogen worden waren, suchten sich die unternehmungs-lustigen Kapitalisten neue Felder für ihren Raubbau, etablierten neue Trusts, gründeten abenteuerliche Gesellschaften. In allen größeren Städten wurden Laufende von Gebäuden einzig aus Spekulation errichtet, unbebautes Land in den neueren Teilen der Ortschaften im Preise verdoppelt und verdreifacht, die Wieten in den bewohnten Sektionen ins Ungeheure in die Höhe getrieben und die Preise auf eine bisher ungeahnte Höhe gebracht. In der 10jährigen Periode von 1896 bis 1906 stieg der Preis der Nahrungsmittel im Durchschnitt um 20 Proz. und die der übrigen Lebensnotwendigkeiten um über 30 Proz. Und als das wahnsinnige Rennen vorüber war, kam der unvermeidliche Zusammenbruch unerwartet und mit vernichtender Gewalt. Gleich zu Anfang des Jahres 1907 fand man, daß die großen Warenlager, die man in Erwartung künftiger Verkäufe geschaffen hatte, nicht verringert werden konnten; die Kleinhandlervelbst hatten einen übergroßen Vorrat. Die Fabrikanten, die zum großen Teile auf Kredit fabriziert hatten, vermochten nicht, ihren Verpflichtungen nachzukommen, eine Atmosphäre der Ungewißheit und des Mangels an Vertrauen durchflutete den Markt, man suchte überall Kredit, das Kartenzhaus, hier unser „finanzielles System“ genannt, wurde vom ersten Windstoß zusammengeblasen.

Aber die allgemeine industrielle Depression, die sich mit der finanziellen Panik einstellte, machte sich bald, trotz aller offiziellen Proklamationen und Erklärungen, in grimmiger Weise geltend. Das Ende des Jahres 1907 zeigte 10 265 Fallissements in der Geschäftswelt, die eine Gesamtverbindlichkeit von 383 Millionen Dollar fürs ganze Jahr hinterließen, gegen 9885 Fallissements mit einer Gesamtverbindlichkeit von 127 Millionen Dollar fürs Jahr 1906. Die meisten Bahnerweiterungen oder Verbesserungen, die begonnen oder beabsichtigt waren, wurden auf-

gegeben und die industrielle Wirkung dieses Schrittes kann man begreifen, wenn man bedenkt, daß die veranschlagten Kosten dieser Arbeit in New-York allein über 500 Millionen Dollar betragen. Zur selben Zeit wurde der Fracht- und Passagierverkehr auf allen Bahnlagen stark reduziert und Tausende von Bahnangestellten in allen Teilen des Landes wurden temporär entlassen oder „abgelegt“. Die United States Steel Corporation, es ist dies der offizielle Name des großen amerikanischen Stahltrustes, schränkte ihre Arbeiten ein und beschnitt die Zahl der Arbeiter um die Hälfte; der Tabaktrust schloß viele seiner Fabriken ganz und gar; die Chicagoer Schlachthöfe, die Eisen- und Glaswerke und andere der hauptsächlichsten Industrien wurden nur zum Teile betrieben und in den Baugewerken und den Baumaterialfabriken wurde die Beschäftigung zur Ausnahme und die Arbeitslosigkeit zur Regel.

Genauere Daten über die Ausdehnung der Beschäftigungslosigkeit stehen leider auch in Amerika nicht zur Verfügung; Hillquit kommt aber auf Grund der Berichte der staatlichen Arbeitsämter zu dem Schluß, daß innerhalb der letzten Monate das stehende Heer der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten um mehr als eine Million vermehrt worden ist. Und das trotz der ungemein starken Rückwanderung von Arbeitern nach Europa. Der Genosse Hillquit tritt ferner der Auffassung entgegen, als ob der höchste Punkt der wirtschaftlichen Krisis schon erreicht sei, seiner Meinung nach stehe diese erst in ihrem Anfange. Die gegenwärtige Situation in Amerika, dem klassischen Lande der Trusts und Kombinationen, demonstriert deutlich, daß industrielle Krisen vom kapitalistischen Regime nicht getrennt werden können, ganz gleich, welche Formen das letztere auch annehme, und daß der Sozialismus die einzige Heilung für die periodischen Geschwüre der modernen Gesellschaft sei.

Mögen — so schließt Hillquit seinen Bericht — die Arbeiter Amerikas Lehren aus dieser schweren Lektion ziehen und sich endlich zum Kampf gegen die verbrecherische kapitalistische Wirtschaft auf die Seite der internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung stellen.

### Deutsche Politik.

#### Zum Simplicissimus-Prozess.

Der Strafantrag vom Regiment Kommandeur des Deutzer Kürassierregiments, Graf Kehler, gestellt. Die Verteidigung lag in den Händen des Rechtsanwalts Geufel. Als Sachverständiger war wie im Prozess gegen den „Wahren Jacob“ von der Verteidigung Prof. Max Diez, Direktor der Gemäldegalerie, geladen. Die Verteidigung soll verübt worden sein durch ein Bild von Thöny in Nr. 20 vom 12. August 1907 mit der Unterschrift: „Mein Vetter Hans wollte auch mal Wechsel ausstellen, aber er war schon zehn Jahre bei den Deutzer Kürassieren und da konnte er natürlich seinen Namen nicht mehr schreiben.“

Der persönlich anwesende Angeklagte Gulbransson ließ durch seinen Anwalt die Erklärung abgeben, daß die Aufnahme des Bildes nebst Unterschrift erfolgt sei auf die Rede des Kriegsministers im Reichstage vom 24. 4. 1907. Der Kriegsminister habe gesagt, daß oft junge unerfahrene Offiziere Wechsel unterschreiben, ohne die Tragweite ihrer Handlung zu erkennen. Wenn sie Geldgeschäfte erledigen, benehmen sie sich oft so fürchterlich dumm, daß er einzelne Fälle nicht schildern wolle, weil die Betroffenen sich schämen müßten.

Prof. Diez erklärte, daß die Satire notwendig sei für die Kunst und das öffentliche Leben. Auf höherer Kulturstufe müsse man auch Satire vertragen. Bei der witzigen Form eines Angriffs trete die Absicht einer Beleidigung in den Hintergrund. Während die gewollte Beleidigung in grober Weise auf ihr Ziel losgehe, mache die Satire die Dinge anschaulich und komisch, daher ist sie zu Uebertreibungen genötigt. Durch Uebertreibung werde der Widerstand dargelegt. Im Rechtsleben bestehen auch Unvollkommenheiten. In einem Blatt wurde oft ein Artikel verfaßt, der in einem anderen unbeantwortet bleibt. Wenn ein Satiriker das nun geißeln wolle, so müßte er etwa eine Zusammenkunft von Staatsanwälten schildern, in der darum gewürfelt wird, welches Blatt wohl in diesem Jahr verfolgt werden soll. Das wäre natürlich widersinnig, da es eine absolute Pflichtwidrigkeit darstellt. Natürlich werde kein Staatsanwalt so etwas verfolgen. So sei auch die Uebertreibung des Kriegsministers zur Grundlage der Uebertreibung gemacht worden. Er nehme nicht an, daß eine persönliche Beleidigung beabsichtigt gewesen sei.

Der Verteidiger teilt noch mit, daß der Witz von Köln eingeschandt und daher die Deutzer Kürassiere genannt seien. Der Staatsanwalt, Freiherr v. Rupprecht, erklärte eine objektive Beleidigung für vorliegend, denn es sei behauptet, bei den Deutzer Kürassieren herrsche ein solcher Geist der Unbildung, daß er die Männer zu solchen Alphabeten machen könne. Die Leser ließen zum größten Teil nur den unmittelbaren Inhalt auf sich wirken, ohne

die satirische Absicht und Uebertreibung in Rechnung zu ziehen. Auch die politische Satire, deren Berechtigung er anerkenne, müsse Halt machen vor der Ehre einzelner Personen. Er beantragte daher 100 Mark Geldstrafe.

Der Verteidiger führte noch ausführlich aus, daß die satirische Uebertreibung erkennbar sei, die beleidigende Absicht ausscheiden müsse. Er beantragte Freisprechung.

Das Urteil lautete entsprechend dem Antrage des Staatsanwalts auf 100 Mark Geldstrafe.

Aus der Begründung ist hervorzuheben: Das Gericht habe die Berechtigung der politischen Satire und die Notwendigkeit der Uebertreibungen anerkannt und daher den Inhalt des Witzes auch nicht wörtlich genommen, sondern so ausgelegt, daß der Bildungsstand bei den Deutzer Kürassieren ein so tiefer sei, daß wer dort eintrete, binnen kurzem in seinem Geisteszustand herunterkomme. Das sei aber keine berechtigte Uebertreibung mehr. Der Kriegsminister habe auch nur von Unerfahrenheit in Wechselfällen gesprochen, nicht aber von der Unfähigkeit, seinen Namen zu schreiben. Die letztere Behauptung sei eine Kundgebung der Geringschätzung und daher Beleidigung. Der § 193 komme nicht in Betracht und somit sei auf die erwähnte Strafe zu erkennen gewesen.

#### Wann in der Militärjustiz die Dessenlichkeit ausgeschlossen wird.

Vor dem Oberkriegsgericht in Straßburg stand dieser Tage ein Wachmeister der Saarburger Ulanen, der gegen das Urteil des Kriegsgerichts, das ihn wegen Unterschlagung anvertrauter Gelder zu zwei Monaten Gefängnis und Degradation verurteilte, Berufung eingelegt hatte. Es handelte sich um 394,53 Mk. Quartiergelder, die der Wachmeister nicht abgeliefert hatte.

In der Verhandlung stellte sich heraus, daß der Eskadronchef dem Angeklagten meist freie Hand gelassen, daß der Angeklagte über seine Korrespondenz kein Buch geführt und überhaupt Briefe geschrieben hat, die eigentlich der Rittmeister hätte schreiben müssen. Als der Angeklagte gefragt wurde, ob er einen Brief an den Bürgermeister als dienstlich oder persönlich betrachtet habe, trat der Verteidiger vor und gab folgende Erklärung ab:

„Mein Klient hat mich gebeten, bei meiner Verteidigung unter keinen Umständen einen Schatten auf seinen Rittmeister fallen zu lassen. Das ist ein schöner Zug bei meinem Klienten, im Interesse der Wahrheit und Gerechtigkeit aber kann ich den Herrn Rittmeister nicht schonen. Die Art und Weise, in der der Eskadronchef des Angeklagten denselben —“

Weiter kam der Verteidiger nicht. Die Dessenlichkeit wurde ausgeschlossen, weil das Gericht annahm, daß die Worte des Verteidigers eine Kritik des Rittmeisters seien und deshalb die militärische Disziplin gefährden könnten. Wie die Sache weiter verlief, läßt sich nicht berichten, da die Dessenlichkeit nicht wieder hergestellt wurde. Eigentümlich ist es jedenfalls, daß die Dessenlichkeit bei den Militärgerichten immer dann ausgeschlossen wird, wenn Offiziere ins Kreuzfeuer kommen.

#### Die reichsrätliche Presse in Bayern.

Der Minister v. Crailsheim hat als Referent in Sachen des Proporzgesetzes bei den Gemeindevahlen Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung gestellt, trotzdem die zweite Kammer fast einhellig Beschluß faßte. Der erste und zweite Ausschuss der Reichsratskammer sind nun einstimmig der Anschauung Crailsheims beigetreten. Grundsätzlich verwerfen sie die Verhältnismäßigkeitswahl nicht, sind jedoch mit der Grenze nach unten (4000 Seelen) nicht einverstanden und wählten nun die faden-scheinige Entschuldigung, es könne die Frage des Proporzgesetzes nur im Zusammenhalt mit der Revision der Gemeindeordnung und des Wahlrechts geregelt werden. Sie wollen eben nicht, daß rasch auf dem Verordnungswege geholfen wird, sondern wollen mit dem Hinweis auf die gesetzliche Regelung die Sache verschleppen, damit die im Herbst stattfindenden Gemeindevahlen noch unter dem alten Unrecht sich abspielen.

### Ausland.

#### Belgien.

Die Kongofrage als Wahlparole. Der Vertrag betr. die Uebnahme des Kongostaates ist nun auch der Kammer zugegangen, nachdem er bekanntlich in der Siebzehnerkommission angenommen worden ist. Die sozialdemokratische Fraktion hat die Absicht und die liberale Linke wird sich dem anschließen, den Antrag zu stellen, die ganze Frage bis nach den kommenden Wahlen zu vertagen. Wie es heißt, wird von der Regierung diesem Antrag nur geringer Widerstand entgegengesetzt werden. Die Legislaturperiode geht ihrem Ende entgegen und man scheint sich doch, noch kurz vor Schluß eine Frage von solcher Bedeutung zu

12.  
paare  
775  
750  
575  
775  
6  
1492  
GGI  
e ge  
Bürge  
dot.  
1.20  
85  
56  
65  
1.05  
80  
1501  
we.  
enfr. 21.  
wärts!

entscheiden. So dürfte die Kongoprogramme zur Wahlparole für die nächsten Wahlen werden. Der Generalrat der Sozialistischen Partei hat beschlossen, in diesem Falle durch Presse und Versammlungen eine energische Protestbewegung gegen das Projekt zu entfalten.

Schweden.

Die sozialdemokratische Jugend. Der Sozialdemokratische Jugendverband Schwedens feierte dieser Tage an den verschiedenen Orten des Landes mit großer Begeisterung sein fünfjähriges Bestehen. Er wurde Ende März 1903 begründet. Eine sozialistische Jugendorganisation bestand allerdings schon seit Anfang der neunziger Jahre; sie erlosch jedoch mit der Zeit, was dazu führte, daß als erster der Jugendklub von Malmö ausging und sich auf entschiedenen sozialdemokratischen Grundlage neu konstituierte. Der neue Jugendverband hielt dann zu Pfingsten 1903 seinen ersten Kongress ab, auf dem ein festes und dauerndes Bündnis mit der sozialdemokratischen Partei geschlossen wurde. Man sagt, daß die sozialdemokratische Jugendorganisation seitdem lawinenartig gewachsen sei, und mit Recht, denn damals zählte der Verband in 3 Klubs 400 Mitglieder, jetzt aber sind es 400 Klubs mit 20 000 Mitgliedern. Das Organ des Verbandes „Fram“ — „Vorwärts“ — das mit einer Auflage von 3500 Exemplaren begann, wird jetzt in 40 000 Exemplaren gedruckt und verbreitet.

Badischer Landtag.

Zweite Kammer.

(60. Sitzung.)

Karlsruhe, 4. April.

Vizepräsident Dr. Widens eröffnet 10 Uhr die Sitzung. Sekretär Meiß gibt die Einläufe bekannt, worauf in die Tagesordnung eingetreten wird.

Abg. Süßkind (Soz.)

begründet die Interpellation betr. die Postfachstelle für Südbadens. Am 1. April ds. Js. ist der Postfachverkehr für ganz Deutschland eingerichtet worden. Bereits im Jahre 1898 lag dem Reichstag ein diesbezüglicher Entwurf vor, der 9 Postfachstellen vorsah. Mannheim hat schon früher um die Errichtung einer Postfachstelle petitioniert, da Mannheim im Hinblick auf seinen großen Verkehr Anspruch auf eine solche Stelle habe; auf alle Fälle dürfe Mannheim vor Straßburg den Vorzug beanspruchen. Die Entwicklung Mannheims befindet sich in fortgeschrittenem Tempo; der Postumsatz ist ganz erheblich gestiegen. Die Errichtung einer Postfachstelle in Mannheim ist ein Gebot dringender Notwendigkeit geworden. In Mannheim haben die Großbanken ihren Sitz. Nun hat man seitens der Regierung ja Schritte getan, um die Straßburger Postfachstelle nach Baden und zwar nach Karlsruhe zu verlegen. Man hat damit begründet, daß die Postfachstelle an einen Platz müsse, der eine Oberpostdirektion hat. Eine unbedingte Notwendigkeit dafür kann ich aber nicht anerkennen. Vielleicht hätte man in Anbetracht der Bedeutung des Mannheimer Postverkehrs die Oberpostdirektion nach Mannheim verlegen sollen. Mannheim war an erster Stelle berechtigt, die Postfachstelle für sich zu beanspruchen. Weil das nicht geschehen ist, haben wir die Regierung über die Gründe, die für ihr Vorgehen maßgebend waren, zu interpellieren.

Minister v. Marschall erklärt, daß die Regierung Schritte getan hat, um Mannheim die Postfachstelle zu sichern, bevor eine Eingabe der dortigen Handelskammer vorlag. Die Reichspostverwaltung hält aber grundsätzlich daran fest, daß ein Postfachamt nur am Orte der Oberpostdirektion zu errichten sei und dies ist in diesem Falle Karlsruhe. Die Regierung sah sich daher nicht in der Lage, zumal eine Kenderung in der Organisation der Reichspostverwaltung nicht eingetreten ist, nochmals auf ihren Wunsch betr. Errichtung der Postfachstelle in Mannheim zurückzukommen.

Eine Besprechung der Interpellation wird nicht beantragt. Sodann erhält

Abg. Süßkind (Soz.)

das Wort zur Begründung folgender Interpellation: „Ist der Regierung bekannt, daß auf Grund einer Vereinbarung der preussisch-badischen Eisenbahngemeinschaft mit der bayerischen

Regierung ab 1. Mai ein neues Schnellzugspaar eingeführt wird: Saarbrücken—Würzburg bzw. Würzburg—Saarbrücken—Ludwigshafen—Worms—Darmstadt? Was gedenkt die Regierung zu tun, um diesen Schaden abzuwenden?“

Es ist ein alter Wunsch des reisenden Publikums, welches die Strecke Mannheim—Heidelberg—Würzburg benützt, daß der Schnellzugverkehr ein besserer werde. Diesbezügliche Wünsche wurden von verschiedenen Handelskammern schon wiederholt geäußert. Die Generaldirektion hat diese Wünsche stets abgewiesen, da ein Bedürfnis für einen reichlicheren Schnellzugverkehr auf dieser Strecke nicht bestehe. Bis jetzt sind auf der Strecke täglich je zwei Schnellzüge verkehrt. Die Interessenten Würzburgs haben sich nun an die preussisch-badische Eisenbahnverwaltung gewandt, um eine bessere Verbindung nach München zu erhalten. Man hat diesem Wunsche auch Berücksichtigung zugesagt, indem ein Schnellzug Ludwigshafen—Worms—Darmstadt—Aßmannshausen—Würzburg eingelegt werden soll. Das wäre eine Schädigung badischer Interessen, denn wir in Baden wären gezwungen, außerbadische Linien zu benützen. Ich denke wir haben an den preussischen Umleitungen des Verkehrs geradezu genug und sollten nicht noch weitere Umleitungen herbeiführen. So arm an Schnellzugsmaschinen sind wir nicht, als daß nicht ein weiterer Schnellzug auf der Strecke Mannheim—Würzburg eingelegt werden könnte. Es würde das auch insbesondere dem Ausland zugute kommen. Wir haben die Regierung interpelliert, ob ihr die Pläne der preussischen Eisenbahnverwaltung bekannt sind, wonach ein neues Schnellzugspaar zwischen Saarbrücken—Ludwigshafen—Darmstadt—Aßmannshausen—Würzburg eingeführt werden soll und welche Maßnahmen die Großh. Regierung ergreifen will, um den dadurch entstehenden Schaden abzuwenden.

Minister v. Marschall führt in Beantwortung der Interpellation folgendes aus: Die eingezogenen Erklärungen haben ergeben, daß Verhandlungen zwischen der preussisch-badischen Eisenbahngemeinschaft und der bayerischen Regierung betreffs der Einführung eines Schnellzugspaares Saarbrücken—Würzburg z. nicht stattfanden. Ich habe aber dem Hause die Mitteilung zu machen, daß die Großh. Eisenbahnverwaltung sich entschlossen hat, im Sommerfahrplan versuchsweise ein Schnellzugspaar Mannheim—Würzburg einzulegen und zwar im Anschluß an die ab 1. Mai von den pfälzischen Bahnen zur Ausführung kommenden Züge Saarbrücken—Ludwigshafen—Mannheim. Leicht ist der Entschluß nicht geworden, er ist aber erfolgt in Berücksichtigung eines Wunsches weiter Kreise Mannheims, der von der Handelskammer Mannheim lebhaft befürwortet wurde und dem auch eine Deputation Ausdruck gab, die vorgehen bei mir war. Im Staatsministerium machten sich schwere Bedenken gegen die neue Schnellzugverbindung geltend, da sie größere Ausgaben, aber keine Mehreinnahmen zur Folge haben wird. — Bei dieser Gelegenheit machte der Minister folgende bemerkenswerte Mitteilung:

Die badischen Eisenbahnen haben im Jahre 1907 eine Mindereinnahme aus dem Personenverkehr von etwa einer Million Mark erlitten trotz der erheblichen Steigerung der Frequenz. Dieser Ausfall ist zurückzuführen auf die Personentarifreform und die Fahrkartensteuer.

In der Besprechung der Interpellation befrworteten die Abg. Dr. Schaefer (Centr.) und Neuhaus (Centr.) einen besseren Anschluß des Frankensandes mit Mannheim.

Abg. Koll (Soz.)

meint dem Abg. Neuhaus gegenüber, daß wir durchgehende Schnellzüge haben müssen, um den Ansprüchen des großen Verkehrs zu genügen. Es sei an der Zeit, daß man den Lokalverkehr vom Fernverkehr trennt.

Generaldirektor Roth und Minister v. Marschall erklären, daß bei dem neuen Schnellzugspaar vor allem der Anschluß auf größere Entfernungen (Dresden) gewahrt werden müsse.

Damit wird der Gegenstand verlassen. Es kommen hierauf mehrere Petitionen zur Erledigung. — Die nächste Sitzung findet Montag 4 Uhr statt. Tagesordnung: Interpellation der Abg. Prinz u. Gen. betr. die Grenzverletzung bei Leopoldshöhe, sowie Budgets der Oberrechnungskammer, des Finanzministeriums und der Domänen.

In der Ersten Kammer

erfolgte am Freitag die Beratung des Budgets der milden Fonds und gemeinnützigen Anstalten, sowie der Gell- und

er schien sich nur hervorgehoben zu haben, weil sein Krager entweder die Anstrengung oder die Kosten des Rasierens zu vermeiden wünschte.

Krüger klassifizierte sofort den Glenden als einen aller edleren Willenskräfte beraubten, völlig entwürdigten Trunkenbold und glaubte nicht irren zu gehen, wenn er in der jämmerlichen Figur den Gatten der Direktorin, dessen Vorliebe für geistige Getränke man ihm wiederholt berichtet und den Vater des schlichteren und hübschen jungen Mädchens, das sich schon hinter Fanny Alberti hielt, vermutete.

Freundlich und zugleich wohlwollend begrüßte er den Künstler, sowie die junge Dame, deren Gegenwart selbstsamerweise seine verdrießliche Laune hinwegsetzte wie ein erfrischender Frühlingwind die dumpfe Luft eines Bohnzimmers. Es lag einmal in Charakter der anmutigen Erscheinung etwas Sieghaftes, Triumphierendes; ihr stolzes und doch so herrliches Auges schien zu verkünden: Ich herrsche über das Leben und lasse mich nicht von ihm unterjochen!

Schon bei der ersten Begegnung hatte er diese Empfindung gehabt und seitdem tauchte die Gestalt Fannys, ohne daß er scheinbar an sie dachte, in alle seine Vorstellungen hinein wie ein fremdes und doch nicht unangenehmes Etwas, das absolut nicht in den Rahmen der momentanen Gedanken hineinpaßt, und das man doch auch nicht gerade missen möchte. Einemal schon hatte Linus Krüger sich darüber ertappt, wie er sich die Erscheinung des graziösen Keinen Gedächtnisses in den verschiedensten Lebenslagen ausmalte: erblickte er ein weibliches Wesen in irgend einer Aktion vor sich, sei es in der häuslichen oder Gesellschaft, so stieg das liebliche Bild der Künstlerin vor ihm auf und er suchte sich auszumalen, wie sie wohl in derselben Position aussehen werde.

Warum das so war, dafür wäre die Erklärung ihm wohl schwerer geworden, er zerbrach sich auch nicht den Kopf darüber, sondern gab sich den wohlthuenden Eindrücken hin, ohne sie zu analysieren.

Höflich, fast ehrerbietig, bot er — als verkünde sich das wie bei Leo von Kruff von selber — der jungen Dame — er konnte sie nicht anders nennen — die Hand, aber nur zaudernd und wie es schien, nicht ohne Befremdung, legte sie ihr kleines weiches Händchen hinein.

Pflegeanstalten. Der Berichterstatter Prinz Löwenstein beantragte die Annahme der Anforderungen nach den Beschläffen der zweiten Kammer. Aus seinen Ausführungen ist das erste Bedauern hervorzuheben, mit dem er das Fehlen von Anstalten, Kirchen in der Wiesloch- und Emmendinger Heilanstalt beklagt, eine Klage, in die später Prälat Oehler lebhaft eintritt, da dies geradezu ein ungeheurer Mißstand sei. Freiherr von Oehler trat für einen größeren Staatsbeitrag für die episcopale Anstalt in Kork ein. Bürgermeister Weis gab bei der notwendigen Zwangsziehung der Familienziehung den Vorzug, ein Gedanke, dem im Prinzip auch der Minister v. Bodmann beipflichtete. Bei dem Titel „Staatsbeitrag für die Stadt Baden“ wird allgemein die Bedeutung unserer Vaterstadt anerkannt und Freiherr v. Stohingen erblickt in der Bewährung der Anforderungen eine Repräsentationspflicht des Staates gegenüber dem Ausland. Seitens der Regierung wird erklärt, daß auch sie sich ihrer Verantwortung der Stadt Baden gegenüber wohl bewußt sei, doch dürfe er wohl auch hervorheben, daß Baden-Baden in erfreulicher Fortentwicklung begriffen sei. Zu dem Titel „Gell- und Pflegeanstalt“ wird auf die erscheinende Zunahme der Irren in den letzten Jahren hingewiesen, und sodann die Frage der Trennung der geisteskranken Verbrecher von den sonstigen Kranken erörtert und eine solche von der Budgetkommission empfohlen. Der Berichterstatter glaubt bei der Irrenfrage überhaupt die Anregung zu geben, es bei leichten Kranken mit der Familienpflege zu bescheiden. Ministerialdirektor Hübsch teilte mit, daß in den Strafanstalten Irrenabteilungen mit vielem Erfolg eingerichtet seien. Minister v. Bodmann gab zu, daß man einen idealen Zustand auf dem Gebiete der Irrenpflege nicht habe, da in früheren Jahren vieles vernachlässigt worden sei. Nach Erstellung der Konstanzer Anstalt werde man an eine weitere Anstalts-Erweiterung herantreten müssen. Der Wunsch nach Errichtung einer eigenen Anstalt für verbrecherische Irren werde von den Sachverständigen nicht geteilt. Die einzelnen Positionen wurden genehmigt und darnach die folgende Sitzung auf nächsten Donnerstag festgesetzt.

Badische Politik.

Der nationale Liberalismus fehlt in Baden.

So steht zu lesen im „Schwäb. Merkur“. Dabei hat fast kein Wort der deutschen Sprache einen schlechteren Klang, wie das Wort national; mit ihm deckt man alle Dummheiten zu, mit ihm beschönigt man alle Niederträchtigkeiten, die man an steuerzahlenden Volke begeht, kurz, kein Begriff ist mehr verhandelt und diskreditiert, wie der: national. Und diese Eigenschaft fehlt dem badischen Liberalismus! Wir gratulieren zu dieser Entdeckung.

Das Zentrum für Schiffsabgaben.

In der Freitagssitzung des Landtags schnitt der Abg. D. Kircher noch einmal die Frage der Einführung der Schiffsabgaben an. Seine Rede klang in scharfen Tönen gegen das brüske Vorgehen Preußens aus. Sehr zutreffend war der Hinweis auf die Täuschung, als ob die Landwirte durch Einführung von Schiffsabgaben auf dem Rheine Vorteile zu gewärtigen hätten. Als bald aber erhoben sich die Zentrumsabgeordneten Wittemann und Sertg, um für „mäßige“ Schiffsabgaben zu plädieren. Sie begründeten dies unter Hinweis auf die Mittel, die erforderlich seien, um unsere Wasserstraßen auszubauen. Daß es auf der abschüssigen Bahn der Besteuerung des Verkehrs kein Halten mehr gibt, zumal bei dem chronischen Finanzdalle, wie er in Preußen-Deutschland herrscht, haben die Herren vom Zentrum wohl kaum bedacht. Unsere Vorfahren, die feinerget alle daran gesetzt haben, den Verkehr von allen überflüssigen, die Entwicklung hemmenden Belastungen frei zu machen, würden sich im Grabe umdrehen, wenn sie erfahren würden, wie am Anfang des 20. Jahrhunderts in Deutschland Verkehrs-politik betrieben wird.

Daß das Zentrum diese Rückwärtserei unterstützt, ist ja nicht weiter verwunderlich. Wo es in Deutschland etwas an volkswirtschaftlicher Beziehung zu verpfuschen gilt, hat das Zentrum seine Hände im Spiele. Wie lange wird sich das deutsche Volk dieses reaktionäre Joch noch gefallen lassen? Diese reaktionäre Verkehrs- und Wirtschaftspolitik paßt zu der imperialistischen Weltpolitik wie die Faust aufs

„Sie sind ein Feind,“ sagte sie mit dem lebhaftesten Blick ihrer Kastanienaugen, in einem Tone, in dem sich Schalkhaftigkeit mit Ernst vereinigte. „Feinde pflegen sich kein so vertauseltes Willkommen zu entbieten.“

„Ich bin kein Feind, sondern ein Vertreter des Rechts,“ rief Alberti, ich erfülle meine Pflicht ohne Vorurteil, ohne Haß oder Günst,“ verbeugte der Gerichtsbeamte gereizter als sonst seine Art war.

„Das glaube ich Ihnen und hoffe, daß Sie während Ihrer ganzen Amtstätigkeit nach diesen Grundsätzen handeln werden.“ „Sind Sie gegen unsere Rechtsprechung eingenommen?“ Sie unterdrückte ein Lächeln, das ihr an dieser Stelle deplaziert erschienen mochte und antwortete bescheiden, es stehe einem einfachen Mädchen, wie sie es sei, nicht an, über so wichtige Staats- und Menschenheitsfragen abzuurteilen.

„Warum nicht? Auch in der Gerichtspraxis überlassen wir die Entscheidung der Schuldfragen gerade bei den schwerwiegendsten Anlagen dem gesunden Menschenverstand,“ sprach der Assessor entgegenkommend und wandte sich dann dem Wegwundernd des Erscheinens des wunderlichen Quartetts zu, indem er zu Leo bemerkte: „Und was haben Sie mit, den Fall Morson betreffend, Neues mitzutellen?“

„Ich glaube, es handelt sich um ein äußerst belangreiches Zeugnis,“ referierte der Künstler lebhaft. „Es sei denn, daß die blaue Dame bereits ein Geständnis abgelegt hat.“

„Das hat sie nicht. Wir hätten sonst nicht nötig gehabt, die beiden Angeklagten der Folter der Teilnahme am Verbrechen anzuführen.“

„Wo haben Sie darüber Ihren Zweck nicht erreicht?“ „Wir haben gar nichts erreicht. Sie kommen wohl vom Friedrichshof?“

„O nein — wir hatten gerade während der Beerdigungszeremonie eine wichtige Beratung,“ rief Alberti, das Fräulein dort und ich. Ein Dienstmann brachte mir heute einige Zeilen von Fräulein Alberti, des Inhalts, ich möge sofort bei ihr vorsprechen, sie habe von der Verhaftung der blauen Dame gehört und sei imstande, einen erhellenden Beweis gegen dieselbe in die Waagschale zu werfen.“

(Fortsetzung folgt.)

Zwischen den Zelten.

Kriminalroman von Friedrich Thieme.

(Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Die sich denken läßt, war auch Laura Hindeisen mit ihrem Personal zur Stelle, wie überhaupt fast die ganze Bewohner-schaft der Zellstadt ihrem so gewaltsam aus dem Leben gestohlenen Mitbürger das Ehrengelächel zuteil werden ließ. Der amtierende Beiständige bemühte sich, den beiden Verdächtigen mit den ergreifendsten Worten das Gewissen zu rühren — beide schienen auf das Innigste bewegt, vor allem wieder die blaue Dame, aber das Endergebnis blieb dasselbe wie bei allen Vernehmungen: beide beteuerten ihre vollkommene Unschuld!

Der Assessor setzte infolgedessen in recht niedergeschlagener Stimmung nach seinem Bureau zurück. Vegerlich ging er auf und ab — er hatte alle seine Mittel erschöpft und kam doch nicht einen Schritt in dem Prozesse vorwärts. Die schnellst erwarteten Antworten aus Berlin und dem Flecken in der Pfalz blieben auch aus — was in aller Welt sollte er noch beginnen, um nicht jene alle Teile lähmende Stagnation eintreten zu lassen, die so oft das Ende einer mit Eifer begonnenen Kriminaluntersuchung bedeutet?

Eben trat er ans Telephon, um sich noch einmal den Detektiv Franke kommen zu lassen, als der Diener ihm die Ankunft einiger Fremden meldete.

„Ich wünsche sehr nicht gestört zu werden,“ beschied ihn der Vertreter der Staatsanwaltschaft unwirsch.

„Es handelt sich um eine wichtige Mitteilung, den Morson-schen Mord betreffend.“

„Das ist etwas anderes — führen Sie die Leute herein.“

Die Leute waren aber niemand anders als der Architekt Leo von Kruff, Fräulein Fanny Alberti und Rosa, die Stief-tochter der Direktorin der Singelspiegelschiffahrt. In ihrer Begleitung befand sich ein schäbig gekleidetes Individuum von wenig empfehlenswertem Aussehen, ein älterer Mann, dem der etwas zu kurze Rock förmlich um die mark- und kraftlose Gestalt schlatterte. Das struppig-schlafige Haar hing wie und nachlässig gekämmt über ein rotes, aufgedunnes Gesicht. Der spräcliche fadblonde Bart machte den Eindruck von Kontrebande.

Augen. Gut. Die und die fathol

Das i lung des nämlich i badische lion Mar Jahre von ausführe steuer.

Diese man über reform in Sozialdem im badisch behalten.

D Zweck geschaffen r u h e ein Volkspart Wie a Muier sei Volkspart

Das U Die an s 7, dem C tragen die haben den mission auf Dr. Wieser ausbrüchlich

Abg. C doch die D terbrechend ein Unha Wort erba Sozialdemo das Wort

Abg. F Badpolitik Mißgebur der Strafpa nicht mehr melchem Ne die Rechte recht.)

Präsident Abgeordnet sie sich läc Abg. C stimmen, o zessionen d Staatsauto ausgehen n sich den Pol hafter Wido streifen mi lungenstrei Wir glaube erforderlich ungen geben steßt, haben Eigenart n glücklich gel nicht nur d teien, mit d eine Gefähr ten, daß wi und Zischen

Abg. C geordneten meinen, um bezeichnen, auch in Ver haupt das B daran, daß der verständig die Polen v Herren, an des Reichst sie hier gep men. Das halt Redner Grundzüge, kann haben haben Kompi hater Beisf hier scheiter besgefesgeb gleich: Wen Gegenstand rechts), was sphen Brava Interesse d der Bevölker ein Postulat terprache g

Abg. G sphen Vorwu sich stets ben handlungen gehi sodann art zu pfleg inden auch j ihre Mutter sondern auc Staat und läßlich. Pr diese Aufga

...wenn die in  
Beschlüssen  
das erste  
von Anstalts,  
stalt befragt,  
einstimmt,  
reichere von  
für die epi-  
gab bei der  
ng den Vor-  
ter v. D o d  
ür die Stadt  
berstadt an-  
der Gewäh-  
des Staates  
wird erklärt,  
Baden gegen-  
erheben, daß  
fen sei. Zu  
erschreckende  
sen, und so-  
redner von  
der Budget-  
bt bei der  
bei letzten  
Ministerial-  
alten Tren-  
Minister  
und auf dem  
ren Jahren  
Anstänger  
ung bean-  
eigenen An-  
berständigen  
nehmigt und  
ng festgelegt.

Auge. Freilich, das Zentrum hat es in allen diesen Dingen gut. Die katholische Religion spielt ja dabei keine Rolle und die katholische Volksseele kommt nur ins Kochen, wenn katholische Interessen in Frage stehen.

**Weg mit der Fahrkartensteuer!**

Das ist die einzige Antwort, die man auf die Mitteilung des Herrn v. Marshall geben kann. Er sagte nämlich in der Samstagsitzung des Landtags, daß die badische Eisenbahnverwaltung im letzten Jahre eine Million Mark weniger an Einnahmen erzielt habe, wie im Jahre vorher. Diese bedauerliche Erscheinung sei zurückzuführen auf die Personalarifreform und die Fahrkartensteuer.

Diese Mitteilung ist zugleich das schärfste Urteil, das man über die unheilvollen Wirkungen der Personalarifreform und der Fahrkartensteuer aussprechen kann. Die Sozialdemokratie hat mit ihrer just vor zwei Jahren auch im badischen Landtage ausgeprochenen Befürchtung recht behalten. Also fort mit der Fahrkartensteuer!

**Die Demokraten und das Vereinsgesetz.**

Zwecks Besprechung über die durch das Vereinsgesetz geschaffene Lage findet nächsten Donnerstag in Karlsruhe eine Sitzung des engeren Ausschusses der deutschen Volkspartei für Baden statt.

Wie auf Offenburg gemeldet wird, hat Rechtsanwält Nuser sein Parteiamt im weiteren Ausschuss der deutschen Volkspartei niedergelegt.

**Das Vereinsgesetz in zweiter Lesung.**

(140. Sitzung.)

\* Berlin, 4. April.

Die zweite Lesung des Vereinsgesetzes wird fortgesetzt beim § 7, dem Sprachen-Paragrafen. Die Sozialdemokraten beantragen die Streichung des ganzen Paragrafen. Die Polen haben den freisinnigen Antrag aus der ersten Lesung der Kommission aufgenommen. Bundesratsbevollmächtigter Geheimrat Dr. Nieser erklärt, Graf Lechensfeld sei zu seiner Erklärung auch ausdrücklich von der badischen Regierung autorisiert worden.

Abg. Singer (Soz.) zur Geschäftsordnung: Nachdem hier doch die Debatte über den § 7 (Präsident Stolberg, ihn unterbrechend) weist auf die Geschäftsordnungsbestimmung, wonach ein Bundesratsbevollmächtigter jederzeit auf Verlangen das Wort erhalten müsse und erteilt unter lebhafter Unruhe der Sozialdemokraten und des Zentrums sofort zur Tagesordnung das Wort dem

Abg. Fürst Radziwill (Pole): Nach einer kurzen Kritik der Votipolitik bezugl. der konservativ-liberalen Paarung, die eine Mißgeburt sei, geht Redner zum § 7 über. 20 Jahre freier wolle der Straßparagraf geben. Was jetzt nötig sei, solle nach 20 Jahren nicht mehr nötig sein. Das sei einfach unverständlich. Mit welchem Recht dürfe man die polnische Nationalität unterdrücken? Die Rechte werde sich einfach lächerlich machen. (Große Unruhe rechts.)

Präsident Graf Stolberg, erregt die Glode schwingend: Herr Abgeordneter, Sie dürfen nicht einer Partei hier nachsagen, daß sie sich lächerlich mache.

Abg. Ebler zu Buttlisch (Konf.): Wir werden dem § 7 zustimmen, obwohl es uns schwer fällt, wir haben große Reserven gemacht, aber wir haben unter allen Umständen die Staatsautorität wahren und von nationalen Gesichtspunkten ausgehen müssen. Wir sind überzeugt, daß der preussische Staat sich den Polen gegenüber im Stande der Notwehr befindet. (Lebhafte Widerspruch in der Mitte.) Wir befürchten, daß in den Kreisen mit 60 Prozent polnischer Bevölkerung die Verfallungsfreiheit unserer deutschen Stammesbrüder gefährdet wird. Wir glauben, daß eine Einigung zwischen uns und den Liberalen erforderlich ist, aber über das Maß der wechselseitigen Beziehungen gehen die Ansichten auseinander. Solange das Reich besteht, haben die Einzelstaaten Opfer bringen und dabei doch ihre Eigenart wahren müssen. Diese Aufgabe haben sie bis jetzt glücklich gelöst. An den Angriffen auf Preußen haben sich leider nicht nur die antinationalen Parteien, sondern auch solche Parteien, mit denen wir jetzt zusammengehen, beteiligt. Darin liegt eine Gefahr. Mögen diejenigen nicht recht behalten, die befürchten, daß wir unser Deutschtum nicht genügend schützen. (Beifall und Zischen.)

Abg. Spahn (Zentr.) polemisiert zunächst gegen den Abgeordneten Hieber speziell und gegen die Liberalen im allgemeinen, um dann den Sprachenparagrafen als ein Übel zu bezeichnen. Das Recht auf den Gebrauch der Muttersprache auch in Versammlungen, sei ein Naturrecht. Erkenne man überhaupt das Recht auf die Muttersprache an, so sei das wichtigste daran, daß man sich in öffentlichen Versammlungen miteinander verständige. (Sehr richtig! in der Mitte.) Man sage zwar, die Polen wollten sich wieder losreißen von Preußen, aber, meine Herren, an eine solche Torheit glaube ich nicht. Das Ansehen des Reichstages stehe auf dem Spiel. Eine Gesetzgebung, wie sie hier geplant ist, sei nach bei keiner Kulturation vorgenommen. Das Kompromiß sei abgeschlossen und zwar, so wiederholt Redner, von den liberalen Parteien unter Verletzung aller Grundsätze, zu denen sie sich im vorigen Jahrhundert stets bekannt haben. (Sehr richtig im Zentrum.) Wir, meine Herren, haben Kompromisse über Prinzipien niemals abgeschlossen. (Lebhafte Beifall in der Mitte.) Sie sagen nun freilich, wenn § 7 hier scheitert, dann würde ihn Preußen auf dem Wege der Landesgesetzgebung einführen. Da erlauben Sie mir einen Vergleich: Wenn ein Dieb sich damit entschuldigt, hätte er nicht den Gegenstand gestohlen, so hätte ein anderer es getan (Unruhe rechts), was würden Sie dazu sagen? (Erneute Unruhe, dazwischen Wrabos in der Mitte.) Wir, meine Herren, werden im Interesse des Reiches und auch im Interesse des Friedens in der Bevölkerung gegen den § 7 stimmen. Wir glauben, es ist ein Postulat der Gerechtigkeit, jedem den Gebrauch seiner Muttersprache zu lassen. (Wrabos! in der Mitte.)

Abg. Hieber (natl.) betont zunächst in Abwehr eines Spahn'schen Vorwurfs, er habe als Vorsitzender der Vereinskommission sich stets bemüht, bei den begehrtestenweise oft sehr erregten Verhandlungen die größte Objektivität walten zu lassen. Redner geht sodann auf die Materie des § 7 ein. Das Recht, ihre Eigenart zu pflegen, sei den Polen bisher nicht genommen und solle ihnen auch jetzt nicht genommen werden. Aber die Polen stellten ihre Muttersprache nicht nur in den Dienst ihrer Nationalität, sondern auch in den Dienst des Kampfes gegen den preussischen Staat und deshalb sei zu Überwachungsbedenken der § 7 unerlässlich. Preußen hält die Wache an der Ostmark. Es hat sich diese Aufgabe nicht gewählt, sie ist ihm vielmehr durch die

Geschichte zugefallen. Preußen hat sich dieser Aufgabe bisher mit Geschid entledigt. (Lebhafte Beifall rechts.) Wäre den süddeutschen Staaten dieselbe Aufgabe zugefallen, so hätten sie nicht besser verfahren können. (Neuer starker Beifall rechts.) Wenn Herr Spahn vorhin sagte, die Polen würden in § 7 einen Kampfpargraphen gegen die katholische Religion erblicken (Aufe in der Mitte: Sehr richtig!), so weise ich darauf hin, daß Herr Spahn es ist, der überhaupt dieses Schlagwort in die Debatte warf. (Sehr wahr! bei den Wodparteien.) Was werden wir, wenn erst die Polen dieses Schlagwort, dieses fürchtbar aufreizende Schlagwort des Herrn Spahn, vernommen haben, was werden wir dann erst für Dinge von den Polen selbst zu hören bekommen? (Erneute Sehr wahr! und Beifallstrufe bei den Wodparteien.) Redner erinnert weiterhin an die analogen Vorgänge in der Paulskirche vor 60 Jahren. Da, so schließt Redner, der § nicht über das Bedürfnis hinausgeht, so hoffen wir, daß unter der Wirkung dieses Paragrafen auch unsere polnischen Mitbürger noch einmal dazu kommen, sich nicht als Glieder eines großpolnischen Staates der Zukunft, sondern als Bürger des deutschen Reiches zu fühlen. (Lebhafte anhaltende Wrabos, ebenso lebhaftes Zischen.)

Abg. Legien (Soz.)

erklärt, daß seine Partei gegen die Resolution Gregoire stimmen werde, weil sie grundsätzlich daran festhalte, daß Angelegenheiten, die im Reichsvereinsgesetz zu ordnen seien, nicht der Landesgesetzgebung überlassen bleiben. Der Sprachenparagraf ist ein Fremdkörper in dem Vereinsgesetz. Erst werden fremde Nationen gegen ihren Willen annektiert und dann fügt man noch das Unrecht hinzu und nimmt ihnen die Muttersprache. Die Anregung zu dem § 7 soll von Großindustriellen Rheinlands und Westfalens ausgegangen sein. Vielleicht äußert sich die Regierung darüber. Tatsächlich ist der Paragraf darauf zugeschnitten, die rheinisch-westfälischen Großindustriellen an der Ausbeutung fremder Arbeiter nicht zu hindern. Nach preussischer Polizeiauffassung sind alle Versammlungen, zu denen jeder Zutritt hat, öffentliche Versammlungen, d. h. in allen öffentlichen Versammlungen ist der Gebrauch der polnischen Sprache verboten. Es wird vergessen, daß es nicht unbedingt nötig ist, für bestimmte Ideen in öffentlichen Versammlungen Propaganda zu machen. Während des Sozialistengesetzes durfte in Hamburg nicht eine einzige sozialdemokratische Versammlung stattfinden. Die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen hat sich gleichwohl ständig vermehrt. Aber die Absicht und die Wirkung des § 7 ist die Unterbindung der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter. Den Arbeitern soll die Möglichkeit genommen werden, ihre Arbeits- und Lohnverhältnisse zu verbessern. Man will sich in den fremdsprachigen Arbeitern gefügige Streikbrecher sichern. Die etwaige Befürchtung, was Preußen tun werde, kann das Eintreten für diesen Paragrafen nicht entschuldigen. Es ist ein falscher Grund, daß man Schlimmes annehmen soll, um Schlimmeres zu verhindern. Preußen hat aber jetzt nicht mehr das Recht, auf dem Gebiete des Vereinsrechtes allein vorzugehen. Das Reich hat durch die Aufhebung des Verbindungsverbotes von dem Artikel 4 der Reichsverfassung Gebrauch gemacht, die Vereinsgesetzgebung einheitlich zu regeln. Wenn dieses Gesetz nur einen Paragrafen umfaßt, so haben die Bundesstaaten sich durch die Zustimmung dazu doch des Rechts begeben, diese Gesetzgebung für sich zu regeln. Dazu kommt, daß die preussische Verfassung keinerlei Vorschriften über die Sprache macht, in welcher der Preuze seine Meinung frei äußern darf. Zu diesem Gesetz hätte es der Liberalen nicht bedurft. Aber die Liberalen haben eben ihre Grundzüge aufgegeben. In liberalen Zeitungen selbst wird gesagt. Der Abg. Müller-Meinungen hat ja diesem Gesetz im bayerischen Landtag selbst ein volles „Unannehmbar“ entgegengestellt. (Hört, hört!) Er hat dort erklärt, daß das Verbot der Muttersprache in Versammlungen eine Verletzung der Grundprinzipien des Liberalismus sei. (Lebhaftes Hört, hört!) Abg. Müller-Meinungen ruft: Das ist nicht wahr! Das habe ich nicht gesagt! Das hat der Abg. Müller-Meinungen im bayerischen Landtag gesagt, und ich habe hier eine Zusammenstellung seiner Rede. (Abg. Müller-Meinungen geht zum Redner und läßt sich das Blatt geben. Es ist ein Zeitungsblatt. Als der Abg. Müller-Meinungen die Treppe heruntergeht, ruft er zu den Sozialdemokraten: Damit sind Sie schon hineingefallen. Das ist vollkommen falsch! Große Unruhe im Hause.) Wir Sozialdemokraten werden den Paragrafen ablehnen, weil er ein Ausnahmengesetz ist. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. v. Baher (südd. Volksp.): Wir müssen den § 7 annehmen, schon weil sonst das ganze Gesetz scheitern würde und das Gesetz ist doch sehr freisinnig und bedeutet eine Verbesserung auch für sämtliche süddeutschen Staaten. (Gelächter beim Gegenstand.) Wir haben dieser Tage ja Sachverständige aus Süddeutschland darüber gehört. Es ist Ihnen selbst nicht ernst mit ihren Angriffen. (Große Kundgebungen.) Wir ist in den letzten Tagen aufgefallen, wie wenig innere Kraft in dem Widerstande der Opposition steckt. Sie ist nur mit halbem Herzen dabei. (Beifall und Ärmiszenen.) Wir wollen nicht verantworten, daß das Gesetz scheitert. Wir haben nicht die Absicht, unsere Organisation, das beim Scheitern des Gesetzes unausbleiblich wäre, auseinanderzureißen. (Großes Hohngelächter und minutenlange Kundgebungen des Gegenblocks, stürmischer Beifall beim Wod.) Redner führt dann aus, er denke nicht daran, die preussische Polenpolitik zu vertreten. (Gelächter in der Mitte und bei den Sozialdemokraten.) Aber freilich: wir haben auch keinen Anlaß, so besonders für die Polen einzutreten. In Süddeutschland kennt man die Lage der Dinge nicht so. Die großpolnische Bewegung stehe doch in glattem Widerspruch zu der großen nationalen Bewegung, die wir zu vertreten haben. (Lebhafte Beifall bei den Wodparteien.) Seine Freunde dürfen daher auch nicht daran, der preussischen Regierung bei ihrer Polenpolitik in den Arm zu fallen. Es handle sich darum, ob dieses ganze Gesetz fallen gelassen werden solle oder ob es so angenommen werden solle, wie es jetzt vorliege. Es lägen hier zwei Möglichkeiten vor: die strengere und die mildere und da hätten sich die Wodparteien für die mildere entschieden. Die, die es angehe, um die es sich hier handle, würden bei einem preussischen Gesetz sicher noch schlechter wegkommen als in dem vorliegenden Reichsgesetz. Herr Legien habe verlangt, daß von diesem Paragrafen auch die gewerkschaftlichen Versammlungen ausgeschlossen sein sollten. Seine Freunde hätten sich darum ernstlich bemüht, aber vergeblich. Man habe nicht mehr herausgeholt können und die Schuld daran liege an den Sozialdemokraten, die alles abgelehnt hätten und die seinen Freunden in den Rücken gefallen seien. Redner schließt: Wir glauben dem deutschen Volke einen Dienst zu erwiesen, wenn wir den Zustand der Rechtslosigkeit und der Unfreiheit, wie sie leider auf dem Gebiete des Vereinsrechtes in weiten Teilen des deutschen

Reiches besteht, durch unsere Zustimmung zu diesem Entwurf ein Ende machen. (Lebhafte, anhaltender Beifall und Zischen.)

Abg. Kolbe (Rp.) tritt gleichfalls für den § 7 in der Kompromißfassung ein. Das Kompromiß habe seiner Partei verschiedene Verzichtleistungen auferlegt, aber auch die Liberalen hätten Opfer gebracht.

Abg. Graf (w. Vg.) ist für den § 7 und fragt, was wohl das Ausland dazu sagen werde, daß hier gegen den Vorschlag der deutschen Verhandlungssprache selber Widerspruch erhoben werde. Er erkläre offen: in Selbsterhaltungsfragen müsse Macht vor Recht gehen. Es gebe zwar ein Naturrecht auf die Muttersprache, aber ein Naturrecht auf die Muttersprache in öffentlichen Versammlungen gebe es nicht. (Andauernde Unterbrechungen im Zentrum und bei den Sozialdemokraten während dieser Ausführungen.) Sie sprechen von unchristlichem Vorgehen bei diesem Gesetz, aber gerade Ihr Fanatismus schlägt doch dem Christentum direkt ins Gesicht. (Großer Lärm beim Zentrum.) Uns geht der § 7 in seiner jetzigen Fassung nicht weit genug, aber trotz aller Bedenken werden wir, um dem Wod die Treue zu halten, dafür stimmen.

Abg. Gregoire (wüdl. Lothr.) bemerkt, in der französisch sprechenden ländlichen Bevölkerung Lothringens habe dieses Ausnahmerecht große Erbitterung erregt. Diese Kompromißfassung des § 7 schaffe in den Reichslanden jedenfalls schlechtere Verhältnisse, als man sie jetzt dort habe. Die Mehrheitsparteien seien zu seiner Genugtuung bereit, die von ihm eingebrachte Resolution anzunehmen. Dem vorliegenden Gesetz würden seine Freunde keine Schwierigkeiten bereiten. (Lärm in der Mitte und bei den Sozialdemokraten), aber die Bedenken in der Sprachenfrage könnten seine Freunde einstweilen nicht fallen lassen.

Staatssekretär Bethmann-Hollweg betont namentlich die Ausnahmewilligungen, weil gerade diese von den Gegnern des § 7 ganz außer Acht gelassen worden seien. Er habe es nun ausdrücklich zu erklären, daß von den Regierungen beabsichtigt werde, sei es im Wege der Landesgesetzgebung, sei es im Wege der Verordnung, dafür zu sorgen, daß eine Störung wohl eingebürgert Sitten und Gebräuche der loyalen Bevölkerung vermieden werde. (Beifall.) Er habe Grund zu der Annahme, daß durch eine ungeeignete Anwendung des § 7 die Arbeiter die Verfolgung gesetzlicher Bestrebungen auf dem Gebiete der Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht zu befürchten haben. (Beifall.) Ferner habe er mit Rücksicht auf die Gregoire'schen Ausführungen zu erklären: die Elsaß-Lothringische Landesverwaltung beabsichtige die Erlaß eines Landesgesetzes, um den bisherigen Rechtszustand in Bezug auf den Gebrauch der französischen Sprache in Versammlungen aufrecht zu erhalten und die Reichsregierung beabsichtige, diesem Vorhaben der Landesverwaltung Elsaß-Lothringens nichts in den Weg zu legen. (Beifall.) Er dürfe also wohl hoffen, daß mit diesem Paragrafen das ganze Gesetz zur Verabschiedung gelangt.

Sächsischer Bevollmächtigter Graf Bismarck von Eckardt erklärt für die sächsische Regierung, daß sie zu Gunsten der Wenden von der ihr zustehenden Ausnahmeverordnungs-Befugnisse Gebrauch machen werde.

Abg. Benderscheer (Eis. Zentr.) erklärt, im Gegensatz zu Gregoire, daß für ihn das Gesetz mit dem § 7 stehe und falle. Er polemisiert dann noch gegen die Liberalen.

Abg. Müller-Meinungen (fr. Rp.) weist die Angriffe des Abg. Legien auf ihn selbst zurück. Legien habe ihm Ausführungen unterlegt, die er nie gemacht habe. (Rufe im Zentrum: Hört, hört!) Aber noch schlimmer ist, so fährt Redner fort, daß Sie im Zentrum (laute und lauter werdende Rufe: Hört, hört!) leichtfertigerweise alles geglaubt haben, was Herr Legien sagte. Redner legt dar, welchen Angriffen er in der sozialdemokratischen Presse ausgesetzt gewesen sei. Gemeine Verleumdungen seien gegen ihn geschleudert worden. (Andauernde lebhaft Unterbrechungen vom Zentrum aus.)

Abg. Delfor (Elsässer) bekämpft den § 7.

Abg. Hansen (Däne) stimmt aus prinzipiellen Gründen gegen das Gesetz, denn er bringe eine Verschärfung der nationalen Gegensätze, ohne dem deutschen Volke zu nutzen. Um den § 7 etwas abzuschwächen, beantrage er, in dem ersten Absatz, der die deutsche Sprache für alle öffentlichen Versammlungen vorschreibe, das Wort „politische“ einzufügen, den Sprachenzwang also nur auf die öffentlichen politischen Versammlungen zu beschränken.

Abg. Brejski (Pole) bekämpft lebhaft den § 7.

Abg. Qué (Soz.)

erklärt, daß sich die Freisinnigen durch die nationalen Phrasen hätten täuschen lassen über das, was im Gesetz steht. Aber nicht nur für die Polen wäre dieses Gesetz ein Ausnahmengesetz schlimmster Art, die Gewerkschaften würden durch das Gesetz auf das allerhöchste geschädigt. Die Tätigkeit der Gewerkschaften, würde geradezu illusorisch gemacht, weil die fremden Arbeiter durch das Gesetz zu Streikbrechern gemacht würden. Das Verhalten der Elsässer kann ich nicht verstehen. Sie handeln aber anscheinend nach dem Grundsatz: „O heiliger Sanct Florian, verschon' mein Haus, zünd' andere an.“ Ferner muß ich die Anfrage meines Parteifreundes Legien wiederholen, ob tatsächlich der § 7 auf Verreiben der rheinisch-westfälischen Großindustriellen in das Gesetz gekommen ist. Redner polemisiert sodann gegen die Freisinnigen. Ich behaupte, daß dieser § 7 auf Anweisung des Zentralverbandes der Industriellen geschaffen worden ist und daß die Freisinnigen über die Entstehungsgeschichte falsch unterrichtet sind. Ich erkenne es hoch an, daß die Freisinnigen im preussischen Abgeordnetenhaus sich gegenüber der Enteignungsvorlage und der gesamten Polenpolitik der preussischen Regierung wirklich freibeilich verhalten haben; ich rechne ihnen das hoch an. (Hört, hört!) Aber hier im Reichstage wollen sie dieselbe preussische Polenpolitik mit durchführen helfen. (Sehr richtig bei den Polen.) Der § 7 macht es uns unmöglich, auf alle Arbeiter so einzuwirken, wie es im Interesse der öffentlichen Ruhe und Ordnung notwendig ist. Durch § 7 werden die Leidenschaften der einheimischen Bevölkerung des Westens aufs äußerste gesteigert und die fremde Bevölkerung von der einheimischen separiert werden. Weshalb ist es uns seinerzeit gelungen, beim Kohlenstreik die Ruhe aufrecht zu erhalten? Weil von behördlicher Seite unseren Versammlungen kein Gemmis bereit wurde, sonst wäre der Streik nicht unblutig verlaufen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Regierung ist in der Hand der Spindlatenherren, sie muß ihnen bei diesem Gesetz willfährig sein. Wenn Herr Naumann die schönen Gedanken seiner großen sozialen Rede in die Tat umsetzen will, dann darf er uns nicht die Fesseln dieses Paragrafen anlegen. Wer für den § 7 stimmt, nimmt den Gewerkschaften das Leben. (Lebhafte Zustimmung), der unter-

hütet die Macht der Kapitalisten. (Lebhafte, wiederholte Beifall bei den Sozialdemokraten, Widerspruch rechts.)

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg: Der Abg. Gué hat sich darüber geäußert, daß ich der von verschiedenen Seiten aufgestellten Behauptung, der § 7 sei eine bestellte Arbeit des Zentralverbandes der Industriellen, nicht widersprochen hätte. Ich habe in der ersten Lesung und heute wiederum auseinandergesetzt, aus welchen Gründen die verbündeten Regierungen den § 7 in den Entwurf aufgenommen haben. Ich bin selber Verfasser dieses Entwurfs gewesen, ich habe daran mitgearbeitet, denn ein Entwurf, der im Reichsamt des Innern ausgearbeitet wird von der Verantwortung des Chefs dieses Reichsamts getragen und ich habe aus den Gründen, die ich hier mit voller Ehrlichkeit und Offenheit ausgesprochen habe, die Notwendigkeit erkannt, die Sprachenfrage zu regeln. Ich habe dies in erster Lesung erklärt und wiederhole es in diesem Moment. Wenn aber der Abg. Gué durchaus ein Dementi darüber haben will, daß der § 7 bestellte Arbeit des Zentralverbandes deutscher Industrieller oder irgend eines anderen sei, so erteile ich hiermit dieses Dementi. Die Behauptung des Gegenteils ist eine Fabel. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Korfañy (Polen): In seinen Ausführungen über die „polnische Gefahr“ wird der Redner wiederholt vom Vizepräsidenten Paaße auf den Gegenstand zurückverwiesen, worauf er zuletzt mit der Bemerkung erwidert, er überlasse das Urteil über dieses Verfahren des Präsidenten dem Hause und der Geschichte. (Vizepräsident Paaße ruft den Redner für diese Verweigerung zur Ordnung.) Die Freisinnigen und Demokraten haben sich ja nach ihren heutigen Ausführungen über die Polen und die preussische Polenpolitik schon soweit nach rechts entwickelt, daß sie den Nationalliberalen verzweifelt ähnlich sehen. Es hat mir in der Seele wehe getan, heute einen Mann wie Bayer eine solche Rede reden zu hören. Die heutigen Demokraten kommen mir, verglichen mit ihren Vorgängern von 1848, vor wie Demokraten im Schlafrock, in Pantoffeln und mit der Pispelmütze. Wer wie Herr Müller-Meinungen von einem Fortschritt des Entwurfs gegenüber dem heutigen Recht spricht, kennt die Gesetze oder die preussische Praxis nicht. In den Zeiten der Arbeiterbewegung in den polnischen Landesteilen werden wir bei der 60prozentigen Beschränkung überhaupt keine polnische Versammlung mehr abhalten können.

Hierauf wird um 1/8 Uhr ein Schlusstrag gegen die Stimmen der Polen, Sozialdemokraten und des Zentrums angenommen.

Nach persönlichen Bemerkungen der Abgg. Spahn, Graf v. Oppersdorff (Zentr.), Dr. Potthoff (freis. Vgg.), Fürst Radziwiłł und Dr. Sieber wird zur

Abstimmung

Abg. v. Dziembowski beantragt namentliche Abstimmung über den Antrag Brandts. Dieser Antrag wird nicht genügend unterstützt. Für den Antrag Brandts stimmen nur die Polen. Der Antrag Hansen wird gegen die Stimmen des Antragstellers, der Polen und Sozialdemokraten abgelehnt.

In namentlicher Abstimmung wird hierauf der § 7 in der Fassung der Kommissionsvorlage mit 200 gegen 179 Stimmen angenommen; drei Mitglieder enthielten sich der Abstimmung. Gegen den § 7 stimmten die Polen, Sozialdemokraten, das Zentrum und von der Linken die Abgg. Kaufmann, Dohren, Neumann-Spöer, Potthoff, sowie der Däne Hansen.

Die Verlesung des Resultats ruft wiederholten stürmischen Beifall bei der Rechten und den Nationalliberalen hervor, während die Polen lebhaft zischen und Pflui rufen.

Montag 1 Uhr Fortsetzung. — Schluß 8 1/2 Uhr.

Gewerkschaftliches.

Seibelberg, 5. April. Die Verhandlungen zwischen Meistern und Gehilfen im Gipsergewerbe, welche vor dem Gewerbegericht stattfanden, haben nunmehr zu einer Einigung geführt. Im nächsten Jahre sollen für die Stufkatore 2 Pf. und für die besseren Gipsler 1 Pf. pro Stunde mehr bezahlt werden. Die Gehilfen erklärten sich außerdem mit der Einführung der Akkordarbeit einverstanden. Am Montag wird die Arbeit wieder aufgenommen.

Badische Chronik. Durlach.

Ein Lichtbilder-Vortrag findet morgen Dienstag Abend statt, welcher vom Bildungsausschuß veranstaltet wird. Zu gleicher Zeit wird auch die Arbeiterkassette zu einem Vortrag über die „Alkoholverbote“ vom Arbeiter-Vereinsbund Karlsruhe eingeladen. Wir eruchen die Arbeiterkassette, am Dienstag im „Lamm“ zu erscheinen. Karten im Vorverkauf sind im Gasthaus zum „Schwanen“, sowie im „Lamm“ erhältlich.

Cheater und Musik.

Hoftheater Karlsruhe.

„Carmen“. Hans Bussard hatte Samstag den Diabolo abgesetzt, vermutlich, um sich für den Don José am nächstfolgenden Tag schonen zu können. Er war denn auch gestern gut disponiert. Unsere beiden Tenöre Tändler und Adolowker, denen zweifellos vorzüglich sowohl der Diabolo wie der Don José gehört, dürfen dabei zusehen. Die Theaterleitung war infolgedessen nicht in der Lage, ihr Repertoire ausreicht zu erhalten und mußte anstelle von „Fra Diavolo“ den „Barbier von Sevilla“ geben. Auch die gefrigiten „Carmen“-Aufführung war zuerst durch das Krankwerden von Hofkapellmeister Lorenz gefährdet, deren Leitung dann Herr Dr. Göhler übernahm. Ein Dienst wurde uns damit nicht erwiesen, denn die schon seit Jahren nicht mehr auf der Höhe der Zeit stehende „Carmen“-Aufführung des Karlsruher Hoftheaters konnte in ihrer gefrigiten Wiedergabe noch weniger Zustimmung finden, und wäre am besten ganz unterblieben. Wir nehmen an, daß Dr. Göhler nicht Zeit genug fand, um sich mit der Einstudierung im einzelnen wie im ganzen hinreichend zu befassen und sehen von einer näheren Besprechung dieser Interimsaufführung ab. Der Kontakt zwischen Bühne und Orchester war nur selten vorhanden. Das Orchester spielte unrein, unruhig, häufig falsch und ohne Wärme, der Chor genigte ebenfalls nicht. Es war das die unfertigste Aufführung, die wir seit langem hatten, aber bezeichnend für den Geist, der heute im Karlsruher Hoftheater herrscht.

Erlingen.

5. April. — Vorgestern fand infolge des großen Lehramtanges am Seminar eine außerordentliche Abgangsprüfung statt. Zugelassen waren 20 Böglinge, welche sämtliche das Examen bestanden.

— Die Frühjahrsgeneralversammlung der Ortskrankenkasse findet am Dienstag, 7. April, abends 1/9 Uhr, hiersebst im „Erbrüngen“ statt. Die Kassenverhältnisse sollen nicht gerade glänzende genannt werden können, was auf das Konto der hohen Krankenziffer zu setzen ist. Letztere Erscheinung ist unausbleiblich gewesen in der Zeit der Lebensmittelerhöhung und des wirtschaftlichen Niedergangs. In der Versammlung werden nach Abwidlung der gewöhnlichen Tagesordnung auch einige Statutenänderungen bekannt gegeben, welche, wie es heißt, zum Teil auf das Konto des „neuen Kurzes“ zu setzen sind. Auch sonst verpricht die Versammlung interessant zu werden und ist es Pflicht eines jeden, auch der weiblichen Mitglieder, zu erscheinen.

Rastatt.

5. April. — Die Parteigenossen machen sich darauf aufmerksam, daß am Mittwoch, 8. d. M., Wahlberechtigte in der Rastatter Stadt findet. Wegen wichtiger Tagesordnung ist volgzähliges und pünktliches Erscheinen notwendig. Es wird gebeten, die Mitgliedsbücher mitzubringen.

Offenburg.

5. April. — Die Parteigenossen von Offenburg übertragen dem Gen. Winter, der von der Parteischule in Berlin zurückgekehrt ist, Redaktion und Verlag des „Volksblattes“. Sämtliche Korrespondenzen an das „Volksblatt“ sind von jetzt ab an Josef Winter, Zähringerstraße Nr. 3, zu richten.

Freiburg.

5. April. — Genossen, erscheint heute Abend zur Protestversammlung im „Löweneller“ und geht morgen volgzählig zur Wahl!

\* Pforzheim, 5. April. Wegen eines Diebstahls von 1 M., den das 15jährige Lehrmädchen Lina Walz von hier gestern an einem andern Mädchen verliert hat, und der ihm heute früh nachgewiesen wurde, nahm das Mädchen heute früh 9 Uhr aus Furcht vor der Strafe im Geschäft des Kettenfabrikanten K. K. Müller in der Durlacherstraße eine Cyanalkalilösung zu sich, an der sie alsbald verstarb.

Auf dem Wege von hier nach Thudensfels, im Wald, wurde gestern Abend halb 8 Uhr ein junger Mann von 2 bagierenden Handwerksgehilfen überfallen und seines Vorkemmes beraubt. Auf alsbald gemachte Fährte gelang es noch heute Abend vor 10 Uhr, den Schloßherren Karl Rau als einen Täter zu ergreifen, der andere Täter wird noch gesucht.

— Die vor zwei Jahren in Angriff genommenen Ausbesserungsarbeiten im Springer Tunnel sind nun beendet.

\* Krefeld, 5. April. Gestern Nacht 10 Uhr hat sich dabei ein lediger 25 Jahre alter Zimmermannsgehilfe namens W. Kiefer, nur mit einem Hemd bekleidet, durch die Fensteröffnung aus seiner Schlafstube entfernt. Sein Arbeitgeber und Nachbarn machten sich sofort auf die Suche und fanden ihn nach etwa einer Stunde ertrunken auf einer Kiesbank im Stengenbach liegen. Der Mann war geistig nicht normal.

\* Wadlitz, 5. April. Der bei dem Steinbruchunglück verletzte Anton Dufner ist nun seinen Verletzungen erlegen. Er hinterläßt eine Witwe mit 5 Kindern.

\* Gyar, 5. April. Der in der ganzen Gegend als Krämer-tonie bekannte 70 Jahre alte Tagelöhner Anton Krämer von Oberbiederbach wurde im Lachenwalde (Gemeinde Hoffetten) mit einer Verletzung am Kopfe tot aufgefunden.

\* Schopfheim, 5. April. Der Eichener See ist wieder in seinen geheimnisvollen unterirdischen Tiefen verschwunden. Die Klüften dieses Seebeckens haben also ihr Recht diesmal nicht lang behauptet.

\* Konstantz, 5. April. Dieser Tage trafen wiederum 1000 Italiener in Entschaffingen hier ein, die dann per Bahn weiterbefördert wurden.

\* Heilsfelden, 5. April. Warme Quelle. Bei der Anlage einer Gas- und Wasserleitung nach der Unterstadt wurde eine Quelle ausgegraben, welche 40 Grad Celsius warmes und schwefelhaltiges Wasser enthält. Die Grabarbeiten sind borthin eingestellt worden. Weiteres Vorgehen ist noch kein Entschluß getroffen worden.

Neues vom Tage.

Berlin, 4. April. Im Hause Müllerstr. 7 versuchte gestern Abend ein Lithograph seine Frau, eine Modistin, und dann sich selbst zu erschlagen. Die Braut blieb unverletzt, der Lithograph ist am Kopfe ansehnlich tödlich verletzt.

— In seiner Wohnung in Potsdam hat der 55jährige, früher erste Bezirksoffizier des dortigen Kommandos, Major a. D. v. Brechmer Selbstmord verübt, indem er sich einen tödlichen Schuß in die rechte Schläfe beibrachte. Schon seit einiger Zeit zeigte der Offizier Spuren geistiger Unmachtung, die wohl darauf zurückzuführen sind, daß v. Brechmer in letzter Zeit vielfach Unannehmlichkeiten privater Natur erfahren hatte.

— Am 21. Februar ds. J. wurde am Moritzplatz in Berlin eine Spanierin namens Philomene Soler bei der Herausgabe von falschen fünfmark-Stücken betroffen und verhaftet. Sie behauptete, sich nur vorübergehend in Berlin aufzuhalten und hier kein festes Domizil zu haben. Jetzt wurde aber der Bruder der Person gleichfalls bei der Herausgabe falscher fünfmark-Stücke erfaßt, während es einer dritten Person, dem Bräutigam des Mädchens, einem angeblichen Schiffschloß aus Hamburg, gelang, sich durch die Flucht zu retten. Der Polizei gelang es nun, zu ermitteln, daß sämtliche drei Personen seit dem 18. Januar hier in einem Privathotel in der Königgräberstraße gewohnt haben. Auf den Schiffschloß wird von der Polizei noch gefahndet.

— Als der D-Zug 41 gestern Morgen hier auf dem Anhalter Bahnhof eintraf, wurde ein Fräulein Bertha Solb aus Zehlendorf bei Berlin vermißt. Sie war in Frankfurt a. M. eingestiegen und hatte eine Fahrkarte nach Königsberg gelöst. Durch Nachfrage stellte die Behörde fest, daß die Vermißte in der Nähe von Hanau aus dem Zuge gestürzt war, wo sie tot auf den Schienen gefunden wurde. Die Türverschlässe wurden überall in Ordnung befunden. Angehörige der Verstorbenen in Zehlendorf wurden bisher nicht ermittelt.

Wien, 4. April. Auf dem Hübel des Landwirts Ginz in Mladnowo erstickten in der Nacht 5 Drainage-Arbeiter an Kohlenoxydgas. Ein sechster liegt schwer darnieder. Die Ver-

giftung ist dadurch entstanden, daß die Arbeiter das Zimmer zu stark geheizt hatten, so daß der Rauch nicht durch den Schornstein entweichen konnte.

Aus der Residenz.

\* Karlsruhe, 6. April.

Zur Nachahmung.

Für städtische Luftbäder bewilligte der Rat der Stadt Chemnitz annähernd 60 000 Mark. Es soll je ein Bad für Männer und Frauen im städtischen Zeißwald errichtet und mit Brause- und Schwimmbad-Einrichtungen versehen werden.

Arbeiter-Diskussionsklub.

Die beiden nächsten Vorträge, am 7. und 14. April, jeweils abends halb 9 Uhr beginnend, im großen Saale des Gemeindehauses (Blücherstraße 20), wird Herr Stadtpfarrer Franz Rohde halten. Das Thema für beide Abende lautet: Jesus von Nazareth. In Anbetracht der Bedeutung, die in dem Thema liegt, und der Hochachtung, welche der Redner in allen Schichten der Residenzbevölkerung genießt, steht für die Vorträge ein ungewöhnlich starker Besuch in Aussicht. Mitglieder haben freien Zutritt, Nichtmitglieder können gegen Bezahlung von mindestens 10 Pf. den Veranstaltungen beiwohnen. Für die Mitglieder bleibt die bündere Hälfte der Sitzreihen bis kurz vor Beginn vorbehalten und zwar muß diesmal bei dem zu erwartenden Platzmangel mit Strenge gesehen werden, daß diese Plätze nur von Mitgliedern besetzt werden. — Bemerk sei noch, daß auch bei diesen religionsgeschichtlichen Vorträgen die im Klub stets gewährte volle Diskussionsfreiheit jedem zugesichert wird, sodas jeglicher Anschauung Ausdruck gegeben werden kann. — Saalöffnung 1/2 8 Uhr.

\* Das Radfahrrennen, welches am gestrigen Sonntag Nachmittag zur Eröffnung der Radrenn-Saison 1903 auf der Karlsruher Radrennbahn an der Durlacher-Allee stattfand, hatte sich eines starken Besuches zu erfreuen. Es waren gut 2500 Personen gewesen, die ihr Interesse am Radspport bekundeten. U. a. starteten der Meisterschaftsfahrer Europas Otto Mayer-Ludwigshafen gegen Jul. Bettinger, Meisterfahrer Deutschlands, im Kleeblatrennen und im Dauerrennen: Phil. Ehardt-Durlach, Gg. Timm-Düren, Joh. Nagel-Blattloch.

Das Resultat des Endlaufes vom Eröffnungsfahren war folgendes: 1. O. Mayer 1:38,4, 2. Meimer, 3. Müller, 4. Schüb. Vorgabefahren: 1. Mayer, 2. Meimer, 3. Müller, 4. Schüb. Prämiensfahren: 1. Mayer, 2. Schüb, 3. Meimer, 4. Müller. Der Endlauf vom Frühlingspreis 30 Km. (75 Runden hinter Motorführung, zu dem drei Preise: 200, 150 und 100 M. ausgesetzt waren, gestaltete sich wie folgt: 1. Ehardt 30:37, 2. Timm (3 Runden zurück), 3. Nagel (4 Runden zurück).

Zu bemerken ist noch, daß die an das Publikum ausgegebenen Programme nummeriert waren und vermittelt dieser Nummern ein neues Tourenrad zur Auslosung kam. Der Gewinn fiel auf die Nummer 688 und hat der Glückliche sofort unter lebhaften Zurufen von seiten des Publikums eine Runde damit gefahren. Sonst verlief das gut organisierte Rennen ohne Zwischenfall.

\* Technisch-industrielle Beamten. Auch an dieser Stelle machen wir auf die öffentliche Versammlung aufmerksam, welche die hiesige Ortsgruppe des Bundes der technisch-industriellen Beamten am Mittwoch, den 8. April, abends 1/9 Uhr, im Saal 3 der Brauerei Schrempf, Waldstraße, veranstaltet, um zu der dem Reichstag vorliegenden Gewerbenovelle zur Verbesserung des Technikerrechts Stellung zu nehmen.

\* Bachs Matthäuspassion. Mittwoch, 8. April, abends 7 Uhr, bringt der Karlsruher Bachverein die Matthäuspassion von Bach zur Aufführung. Es war jedesmal ein Festtag im hiesigen Musikleben, wenn dies einzigartige Werk zu Gehör gebracht wurde. Der Bachverein hat es sich angelegen sein lassen, für die Aufführung hervorragende Solisten zu gewinnen.

Letzte Post.

In der „Republik“ Hamburg.

Hamburg, 4. April. Der Hamburger Senat hat gestern zum ersten Bürgermeister den Bürgermeister Dr. Burckhardt und zum zweiten Bürgermeister den Senator O'Swald gewählt. Seit vielen Jahren ist mit O'Swald zum erstenmale wieder ein Kaufmann in Hamburg zum Bürgermeister gewählt worden. Seit Jahrzehnten waren dies ausschließlich Juristen.

Drohende Ausperrung im Steinmetzgewerbe.

Der Vierstädte-Bund Hamburg, Altona, Wandsbek, Harburg, sowie die Vereinigung der am Baugewerbe beteiligten Innungen, Vereine und Betriebe, habe sich mit dem Vorgehen der Steinmetzinnung — nachdem die Marmorarbeiter und Steinmetzen dieses Gebietes soeben in den allgemeinen Ausstand eingetreten sind — so lid arisch erklärt. — Den Gewerkschaften der Maurer und Zimmerer ist eine allgemeine Bauarbeiterausperrung angedroht worden, im Falle es ihnen durch ihren Einfluß nicht gelingen sollte, die Steinmetzen von ihren Maßnahmen zurückzuführen.

Bauarbeiterausperrung in Paris.

Paris, 5. April. Die Bauunternehmer haben die Ausperrung ihrer Arbeiter von gestern Abend ab beschloffen. Der Syndikatskammer zufolge werden 20 000 Arbeiter davon betroffen.

Verendigung des Generalstreiks in Rom.

Rom, 5. April. Der gestrige Tag ist vollständig ruhig verlaufen. Die Arbeitskammer hat sich dahin ausgesprochen, daß der Ausstand für alle Arbeiter heute früh um 6 Uhr aufhören soll.

Vereinsanzeiger.

Durlach. (Bürgerauschussfraktion.) Montag, den 6. April, abends halb 9 Uhr, Sitzung im „Arosobil“ bei G. Hummel. Erscheinen eines jeden notwendig. 1834 Der Vorstand. (Sozialdemokrat. Verein.) Jeden ersten Dienstag im Monat, abends halb 9 Uhr, im „Alder“ Mitgliederversammlung. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand

# Voranzeige!

Der **Total-Ausverkauf** des **Konkurswarenlagers** der Firma **Max Emanuel, Kaiserstr. 82,** bestehend in

## fertigen Herren- und Knaben-Garderoben,

nebst vielen Coupons Stoffen beginnt

**Mittwoch, den 8. April, vormittags 9 Uhr.**

Verkauf nur gegen Bar.

Die Ausverkaufspreise sind auf jedem Etikett deutlich aufgeschrieben.

Verkaufszeit: Vormittags 9—12 Uhr.

Nachmittags 2—6

Sonntags geschlossen.

### Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme anlässlich des Todes unseres Sohnes

### August Schumacher

für die zahlreiche Beigebegleitung insbesondere seitens der Sanitätskolonne sagen wir allen hiermit herzlichsten Dank.

Karlsruhe, 6. April 1908.  
Im Namen der Hinterbliebenen  
**G. Schumacher.**

### Arbeiter-Diskussions-Klub.

Dienstag den 7. April 1908, abends halb 9 Uhr beginnend, im großen Saal des Gemeindehauses (Blücherstr. 20)

### XXIII. Vortragsabend

Thema:

### Jesus von Nazareth (1. Teil).

Redner: Herr Stadtpfarrer Franz Rohde.  
Eintritt für Nichtmitglieder 10 Pf., für Mitglieder frei. (Mitgliedskarten vorzeigen). Saalöffnung halb 8 Uhr. 1549

### Kolosseum Freiburg

beim Martinstor.

Nur diese Woche bis inkl. Samstag Die Sensation aller Sensationen

### goldene Eva

lebende Gold-Platina-Bronze-Statuen.  
Mlle. Renoir de Paris. — Willy Agoston. — Pappos Akrobaten-Affen. — Crawford. — Adam u. Kinematograph  
Kassa 7 1/2 Uhr. Anfang 8 Uhr.  
Vorverkauf Kolosseumkasse 11—12 1/2 Uhr.

### Geschäftsübernahme und Empfehlung,

Meinen werthen Bekannten, sowie einer verehrl. Einwohnerschaft der Oststadt die höfll. Mitteilung, daß ich das

### Nahrungsmittelgeschäft

Kaizingerstr. 13, Ecke Haizinger- u. Tullastr.  
übernommen und eröffnet habe.

Ich empfehle hausgemachte und norddeutsche Würstchen und Fleischwaren, Flaschenbier, hell und dunkel, aus der Brauerei Schrempf, Weiß- und Rotwein, Spirituosen, Eier, Butter, Käse, Gemüse, sowie alle sonstigen Nahrungsmittel in nur prima frischen Qualitäten.

Indem ich um geneigten Zuspruch bitte, zeichne hochachtungsvoll

### Friedrich Majer

früher Wirt zum Auerhahn.

### 200 Cigarren umsonst!

Kaufe gr. Konkurslager etc. und verende wieder für kurze Zeit 200 volle 8 Pf.-Cigarren f. Mk. 10.70 oder 200 volle 8-Pf.-Cigarren für Mk. 12.70. Außerdem gebe 200 Cigarren gratis f. Weiterempfehlung. Also diesmal 400 Cig. f. 10.70 oder 400 Cig. f. Mk. 12.70. Nur wer bis 3. April bestellt, erh. d. 200 St. umsonst. Garantieschein. Geld zurück w. Cigarren nicht gefall.  
**A. Kaufmann** Nohl's Cigarren-Fabr.-Lager, Hamburg 36

### Lederhandlung!

Unter heutigem eröffne meine

### Filiale Werderplatz 23

(Bei J. Esch, Schuhgeschäft).

Empfehle mein Lager in Schäften, Leisten, Schuhmacher-Verbandsartikeln, besonders meinen

Sohlen- und Leder-Ausschnitt.

### Franz Johmann

Schuhgeschäft Ecke Hirsch- u. Amalienstr.

# Uhren

Ueber 1000 Taschenuhren, 120 Regulatoure stets auf Lager.

### Gold- und optische Waren

Größtes Geschäft am Platze. Beste und preiswerteste Bezugsquelle. Anerkannt beste Reparaturwerkstätte.

Doppelte Rabattmarken werden von heute bis Ostern auf jeden Bareinkauf abgegeben.

### G. Paul

Marienstr. 33.

### Volksfreundleser

kaufen ihre Brautbetten, sowie einzelne Matrassen wirklich reell und billiger wie in jedem andern Geschäft bei

### Steidlinger & Roth,

Matrassenfabrik,

Leffingstraße 31

(Laden Marktgrafenstr. 33). Kindermatrassen kosten nur Mk. 4.90 und Mk. 5.90.

### Achtung! Achtung!

Ja.

### Fohlenfleisch

sowie prima junges fettes Pferdefleisch empfehlen Christ. Schöninger, Durlacherstraße 88 und Fr. Schmidt, Durlacherstr. 69.

### An- u. Verkauf

getragen, gut erhalten. Herren- u. Damenkleider, Schuhe usw. Zahlh. hohe Preise. Postkarte genügt. Frau Rosa Gut, Brunnenstr. 5, nächst der Marktgrafenstraße. 507

### Mausverkauf!

In zukunftsreichster Lage eines Vororts Karlsruhes ist ein Anwesen, für jedes Geschäft geeignet, billig zu verkaufen. Off. unt. 1455 an d. Exp. d. Bl.

### Alte Brauerei Heß

Morgen Dienstag

Großes

### Schlachtfest,

wozu höflichst einladet

Fr. Möhrlein.

### 1 bis 2 Schneider

(Großstückarbeiter) finden Beschäftigung bei Gustav Fritsch, Herren-Modellgeschäft.

### Schneider

für Großstück (nur prima Arbeiter, Lohnstarke I) für dauernd gesucht. 1538

### Spiegel & Wels.

Tüchtige

### Maler-Gehilfen

für Straßburg u. Metz suchen

Griesbach u. Grossmann

Straßburg i. El. 1541

### Tüchtige Büglerin

gesucht bei hohem Lohn. Stets ruhige gleichmäßige Arbeit, keine Ueberstunden u. dergl. Zu erfragen unter O. W. 53 Exp. d. Bl.

### Kostümbüglerrinnen und Lehrmädchen

finden sofort dauernde, gut bezahlte Beschäftigung. 1512

Färberei u. hem. Waschanstalt

D. Pasch, Karlsruhe.

### 2 Lehrmädchen

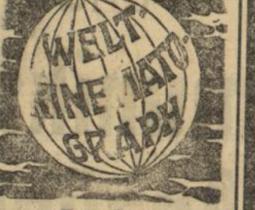
welche das Kleidermachen gründlich erlernen wollen, zum baldigen Eintritt gesucht. 1513

Frau Stader, Rankenstr. 20a, 2.

### Sportwagen

gut erhalten billig zu verk.

Schillerstr. 18, 5. St.



G. m. b. H.

### Freiburg i. Br.

Kaiserstrasse 68.

als Zusatz zum Programm

v. 2. April bis auf weiteres.

(Ohne Preiserhöhung.)

### Die Monarchenzusammenkunft am

25. u. 26. März 1908

in Venedig

Ankunft Ihrer Majestät.

Rundfahrt über die

Prachtgondeln

Besuch im Arsenal,

Empfang am Palais

Mula (Palast der

Gräfin Morosini),

Die Schiffe hohenzollern

und Hamburg.

Eigene Aufnahme. Eigene

Fertigstellung. 1539

### Obst-

### Marmeladen

in schönen Blechimer mit Gendel.

### Zwetschgenmuss

(Lattberg)

mit Zucker versetzt

per 25 g

in Eimer von 5 1.20 Mk

10 2.30 Mk

25 5.00 Mk

### Melange-

### Marmelade

per 25 g

in Eimer von 5 1.40 Mk

10 2.35 Mk

25 6.00 Mk

### Marmelade mit

### Himbeer

per 25 g

in Eimer von 5 1.60 Mk

10 2.60 Mk

25 6.50 Mk

### Mirabellen-

### Marmelade

per 25 g

in Eimer von 5 2.00 Mk

10 3.60 Mk

25 9.00 Mk

### Marmelade mit

### Erdbeer

per 25 g

in Eimer von 5 2.00 Mk

10 3.60 Mk

25 9.00 Mk

### Preißelbeer

per 25 g

in Eimer von 10 3.50 Mk

b. 80 10.00 Mk

empfehlst 1548

mit 5% Rabatt

### Bernh. Kranz

Werberplatz 37,

Kaiserstraße 38,

Ludwigplatz 65,

Uhlendstraße 21.

Telefon 484. Telefon 237.

### Braves Mädchen

(evtl. auch Schillerin) z. Spazierenführen von 2 Kindern, 8 u. 4-jährig, nachm. 2—3 Stunden gesucht. Kreuzstr. 9 II. 1588

### Eine Frau

sucht Beschäftigung für einige Stunden nachmittags. Zu erfr.

Margaretenstr. 27, Stb. 3. St.

### Bulach.

Ich erkläre hiermit, daß ich die Beleidigung welche ich gegen Anton Bohmer V gemacht habe, öffentlich wieder zurücknehme und ihm nichts nachtrage. Bernhard Zoller IV.

## Erbprinzenstr. 28 Carl Philippson Erbprinzenstr. 28

en gros

Telephen 2164

en détail

### Beste Bezugsquelle für sämtliche Schneider-Artikel

In den nächsten Tagen trifft ein grosser Posten

### Safin-Aermel- und Westenfutter

ein, welcher in Coupon und Stück zu dem billigen Preis von 53 Pfennig per Meter abgegeben wird.

Selten günstige Gelegenheit!

1346

Besonders wohlfeiles Angebot  
 neuester Eingänge in  
**Damen- und Kinder-Konfektion.**

Beachten Sie unsere Schaufenster.

**Uebergang-Palefots** aus den modern. Streifen, Karos und melierten Stoffen, feine, jugendliche Façons **42.00, 35.00, 21.00, 18.75, 12.00, 8.50, 685**

**Tuch-Kimonos**, die große Mode, aparte Farben mit japanischem Vortrieb an Kragen und Arm **1800**

**Reise-, Staub- u. Regen-Mäntel** 120/130 cm lang, moderne Verarbeitung, in karierten, gestreiften und Cobert-Coatstoffen, imprägniert **32.00, 24.00, 18.00, 12.00, 9.75, 7.85, 495**

**Schwarze Jacketts u. Palefots** neueste Kleidfame Formen, anliegend, geschweift und 1/2 anliegend, in Ia. Rammgarn u. Tuchstoffen **48.00, 35.00, 24.00, 19.75, 14.50, 9.85, 7.90, 595**

**Frauen-Palefots** in niedriger Ausführung große Sortimente, selbst für stärkste Figuren vorrätig.

**Jacken-Kostüme**, neue chic Façons, in Rammgarn und Cheviotstoffen **88.00, 72.00, 55.00, 44.00, 32.00, 27.00, 18.75, 1150**

**Bordüren-Falten-Röcke** aus soliden Stoffen, strapazierfähig, in gebiegenen Farbenstellungen **15.76, 845**

### Blusen.

**Damen-Hemdblusen**, die verarbeitet aus feinfarbigem, gestreiften und karierten Flanell und Wollstoffen **22.00, 18.75, 13.75, 9.25, 785**

**Damen-Hemdblusen**, Ia. Baumwollflanell, aparte Tennisstreifen Extra-Preis **450**

**Damen-Hemdblusen**, imit. englisch Flanell, feinlariert, mittelfarbig **295**

**Damen-Hemdblusen**, modernste Streifenstoffe, ganz gefüttert, in neuen Farbzusammenstellungen, enorm billig **595**

**Tüll-, Seiden-, Spitzen- u. Wollblusen**  
 moderne Verarbeitung, in großer Auswahl.

**Wollmusselin-Blusen**, ganz gefüttert, Dessins, Lupfen und Streifen, mit hübschen Spitzen-einsätzen, hell und mittelfarbig, Gelegenheitskauf **7.85, 560**

**Alpaca-Blusen**, neueste Blockkaros und Streifen, reich in Säumen abgenäht, Raffetstreifen u. Seidengarnitur **890**

**Seidene Blusen**, besonders vorteilhaft, neue Kleidfame Form, reich mit Spitze und Japan-Borden garniert, in Messaline und Raffet, große Farbensortimente, hell, mittel- und dunkelfarbig **14.75, 10.95, 985**

**Japan-Seidenbluse** mit reichen Spitzen-einsätzen, elfenbein, h'blau, Champagner **495**

Außergewöhnlich vorteilhaft!

**Ein Posten schwarze lange Kostüm-Röcke** aus reinwollenem Lastingstoff hübsch garniert zu bedeutend ermäßigten Serienpreisen

	Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV
Stück	900	1200	1500	1800

**Tuch-Rock**, Reine Wolle  
 18 X abgesteppt, mit Knopfgarnitur, blau, braun, schwarz **1475**

**Cheviot-Rock**, marineblau  
 mit hübscher Passen- und Knopf-Garnitur, in der Länge 70-100 **375**

## Geschwister Knopf.

### Konfirmanden- und Kommunikanten-Anzüge

jeglicher Stoffarten vielen Preislagen  
 in grosser Auswahl  
 Reichhaltige Wahl in Stoffen für Mass-Anfertigung.

Tadellose Ausführung. Billigste Preise.  
**Spiegel & Wels.**

### Geschäftsverlegung.

Ab morgen den 7. April verlegen wir unser Geschäft von Reikenstraße 27 am Gutenbergplatz nach

**35 Goethestr. 35**

Ecke Körnerstraße neben der Polizeiwache.

Heute Abend wird das Geschäft um 6 Uhr geschlossen.

Morgen früh Eröffnung des neuen Lokals

**7 Uhr.**

### Pfannkuch & Cie.

G. m. b. H.  
 26 eigene Verkaufsstellen.



Prachtkinderwagen werden sich selbständig auf- und niederbewegend, erhalten Sie elegant zum Fabrikpreise mit 10 Prozent Rabatt direkt von der Kinderwagenfabrik Julius Treiber in Grimma 078.

### Fahrräder!!

mit Doppelglockenlager und Garantie von Mark **63.-** an. Laufdecken von Mk. 2.85 an mit Garantie " " 4.15 " Schläuche " " 2.25 " mit Garantie " " 3.10 " sämtliche Zubehörtelle, sowie Reparaturen enorm billig. Wiederverkäufer Extra-Rabatt

### Fahrrad-Haus Wiehro

Freiburg i. B. Schwarzwaldstrasse 9. Kataloge franko. Vertreter gesucht.

### Rastatter u. westfälische Kochherde,

emailliert und lackiert, Gaggenuer Gasherde, Gas-Glühströmpe, Zylinderhaus- und Küchenschirme in jeder Ausführung, sowie ganze Einrichtungen von den einfachsten bis zu den feinsten in großer Auswahl u. billigsten Preisen liefert unter Garantie

### Ernst Marx,

Serdes, Ofen-, Küchen- u. Haushaltsartikel-Magazin, Luisenstraße 45. 1008

### Schuhwaren

aller Art solid und dauerhaft, kaufen Sie am besten bei Anton Krätz, Rastatter Kriegstraße 1 (Dörfel). NB. Bringe auch meine Reparaturwerkstätte in empfehlende Erinnerung.